

Das Weltgeschehen

Wenn man annimmt, das Ziel der Weltpolitik habe darin zu bestehen, die Interessengegensätze der Mächte auszugleichen und auf eine friedliche Verständigung zwischen den Völkern hinzuarbeiten, so bedeutet das Jahr 1970 keinen grossen Fortschritt. Immer noch beherrschte die Spannung zwischen Ost und West die Weltlage, immer noch war es das durch die nukleare Rüstung bedingte Gleichgewicht des Schreckens, mit dem sich die Supermächte USA und Sowjetunion gegenseitig in Schach hielten und das sie zwang, in ihren Schritten eine vorsichtige Mässigung zu bewahren. Dazu kam, dass die Volksrepublik China langsam aber sicher den Weg zur Nuklearmacht einschlug. Sie bildet die Unbekannte X in der Gleichung der weltpolitischen Machtverhältnisse, was den beiden anderen Supermächten nahelegte, ihre Fühler für eine Rückendeckung mit oder gegen China auszustrecken. Damit mag es zusammenhängen, dass in den beiden wichtigsten Krisenherden, im Vietnam- und im Nahostkonflikt, die militärischen Aktivitäten gegenüber jenen, die eine politische Lösung anstrebten, zurücktraten.

In Vietnam setzten die USA ihre Politik der „Vietnamisierung“ des Konflikts fort, das heisst sie zogen weiterhin Truppen aus dem vietnamesischen Kriegsschauplatz in dem Masse ab, als Südvietnam scheinbar fähig wurde, sich mit mehr und besseren eigenen Truppen gegen Nordvietnam zu wehren. Diese Version erlaubt es den Vereinigten Staaten, ihre Intervention in Vietnam abzubauen, ohne das Gesicht zu verlieren. Nixon musste hier einem starken innenpolitischen Druck nachgeben, denn das amerikanische Volk zeigte sich immer weniger gewillt, den verlustreichen und kostspieligen Vietnamkrieg zu billigen. Abgesehen davon, dass die Vereinigten Staaten vor grossen inneren politischen und wirtschaftlichen Problemen standen, machte das Erstarken Chinas, das nach der „Kulturrevolution“ den Aufbau eines modernen Industriestaates zielbewusst in Angriff nahm, das Engagement in Vietnam riskanter und verhinderte die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den USA und dem Reich der Mitte. Die Verhandlungen an der vietnamesischen Friedenskonferenz in Paris verlief zwar nach wie vor ergebnislos - Nordvietnam beharrte auf dem bedingungslosen Abzug der Amerikaner aus Vietnam -, doch hielten beide Parteien an diesem Ausspracheforum fest, damit ihr Interesse an einer politischen Lösung des Konflikts bekundend. Vielleicht war es gerade die von den USA angestrebte militärische De-Eskalation, die vorerst zu einer Ausweitung des Kriegsschauplatzes führte. Mitte Februar ergriff Nordvietnam die Initiative, um seinen faktischen Machtbereich in Indochina auszudehnen. Mit Hilfe des Pathet Lao stiess es in Laos auf die Ebene der Tonkrüge vor. Gleichzeitig wurde Kambodscha in bedrohlicher Weise durch nordvietnamesische Truppen und den Vietkong infiltriert. Die Herrschaft über diese beiden Staaten, deren Neutralität längst nur noch auf dem Papier stand, hätte Nordvietnam in späteren Friedensverhandlungen eine bedeutend bessere Position verschafft. Die kommunistische Bedrohung hatte in Kambodscha jedoch einen unerwarteten Effekt. Prinz Sihanouk, der seit Jahren gegenüber Nordvietnam, China und Russland allzu nachgiebig laviert hatte, wurde gestürzt, die Monarchie durch die Nationalversammlung abgeschafft und durch eine republikanische Regierung ersetzt. Der abgesetzte Monarch begab sich unter den Schutz Pekings, errichtete dort eine von den kommunistischen Staaten anerkannte Exilregierung und proklamierte die Gründung einer „Befreiungsfront Indochina“. Da die nordvietnamesischen Streitkräfte von Kambodscha aus gegen Südvietnam operierten, entschloss sich Nixon Ende April einem Einmarsch amerikanischer Truppen in Kambodscha zuzustimmen. Das Unternehmen wurde von ihm als räumlich und zeitlich begrenzt erklärt und sollte nur dazu dienen, „das Leben der amerikanischen Truppen in Südvietnam zu sichern“. Die Aktion, die in den Vereinigten Staaten zu grossen Anti-Demonstrationen Anlass gab, wurde Ende Juni ohne die von den Militärs erhofften spektakulären Erfolge mit der Rückkehr der eingesetzten amerikanischen Truppen beendet. Ungeachtet dieses Intermezzos setzte Nixon seine Bemühungen um eine politische Lösung des Vietnamkonfliktes fort. Am 7. Oktober legte er einen Indochina-Friedensplan vor, welcher einen Waffenstillstand, eine Friedenskonferenz und einen Zeitplan für den Abzug der amerikanischen Truppen, verbunden mit einem Gefangenenaustausch vorsah. Der Vorschlag wurde auf der Gegenseite unisono abgelehnt. Die Kämpfe gingen in Kambodscha seither mit wechselndem Erfolg weiter. In Südvietnam haben es der Vietkong und die Nordvietnamesen vermieden, in grösseren Verbänden anzugreifen. Es lag auch nicht in ihrem Interesse, die Amerikaner durch grössere Kampfhandlungen erneut zu engagieren. Es scheint aber doch, dass in absehbarer Zeit ein Abkommen über den Abzug der Amerikaner zustande kommen wird. Leicht werden es die Nordvietnamer und China den Amerikanern gewiss nicht machen, sind sie doch überzeugt, dass ihnen nach Ausschaltung der Verbündeten Südvietnams der Sieg sicher ist. Wie sich die Zukunft Indochinas gestalten wird, bleibt im Dunkeln, doch darf gesagt werden, dass der Vietnamkrieg seinen Höhepunkt überschritten hat und nicht mehr länger den Weltbrandherd Nummer 1 darstellt.

Um so grössere Sorge bereitet der Nahostkonflikt. Er ist zu einem Brennpunkt der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der Sowjetunion und den USA geworden. Die Gefahr, durch den Ausbruch eines neuen Krieges in eine direkte Konfrontation hineingerissen zu werden, ist den beiden grossen Mächten bewusst, sie waren denn auch bestrebt, jede auf ihre Weise, einer solchen Entwicklung auszuweichen. Während die Sowjetunion auf den Kriegswillen der ägyptischen Militärs dämpfend einwirkte und zugleich durch eine massive Rüstungshilfe und die Entsendung von Flieger- und Raketenpersonal sich als den unentbehrlichen Helfer zur Durchsetzung der arabischen Ansprüche zu erweisen trachtete,

versuchten die Vereinigten Staaten das Kunststück, mit den arabischen Staaten, vor allem mit Ägypten, ins Gespräch zu kommen, ohne dabei Israel preiszugeben. Es wurde eine intensive diplomatische Aktivität entfaltet, die durch allerlei inoffizielle Kontaktnahmen unterstützt wurde. Für die Sowjetunion geht es vor allem darum, die im Nahen Osten gewonnene Einflusssphäre auszubauen, sich im Mittelmeer Flottenstützpunkte zu schaffen und durch einen wiedereröffneten Suezkanal den Zugang zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean zu gewinnen. Was eine verstärkte russische Präsenz im Mittelmeer für die NATO bedeutet, wurde während einer Europareise von Nixon mit einem demonstrativen Besuch der amerikanischen Flotte im Hafen von Neapel unterstrichen. In der ersten Jahreshälfte stieg die Spannung an der Suezfront, da die Ägypter, durch russische Flieger vor den israelischen Flugraids ins ägyptische Hinterland geschützt, in Einzelaktionen immer offensiver wurden. Auf israelischer Seite fehlte es nicht an Gegenschlägen, wie zum Beispiel die zeitweilige Besetzung der ägyptischen Insel Schadwan am Ausgang des Golfes von Suez. Am 14. Juli ergriff der amerikanische Staatssekretär Rogers die Initiative zu einer Entspannungsaktion. Er schlug vor, die Vereinigte Arabische Republik, Jordanien und Israel sollten sich bereit erklären, zur Verwirklichung der UNO-Resolution vom November 1967 Hand zu bieten, und zudem einen dreimonatigen Waffenstillstand einhalten, der dem UNO-Vermittler Jarring (Schweden) die Gelegenheit zu bieten hätte, zunächst indirekte Gespräche zwischen den Parteien einzuleiten. Nasser und Jordanien stimmten sofort zu, verlangte doch die UNO-Resolution den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Sie sprach zwar auch von gesicherten Grenzen für Israel, doch dieses Detail wurde von den Arabern stets geflissentlich übersehen. In Israel gab es heftige Auseinandersetzungen, doch schliesslich stimmte die Regierung dem Rogers-Plan zu, was den Austritt der Gahal-Partei aus der Regierungskoalition zur Folge hatte. Am 7. August trat der Waffenstillstand in Kraft. Doch bald schon zeigte sich, dass die Ägypter nicht gewillt waren, sich an die Bedingungen des „standstill“ zu halten. Sie legten die von der Sowjetunion gelieferte Raketenbasis an der Suezfront vor und bauten sie aus. Damit fanden sich die USA trotz des israelischen Protestes ab, nahmen aber dafür die Waffenlieferungen an Israel wieder auf. Der Jarring-Mission war kein Erfolg beschieden, trotzdem wurde der Waffenstillstand am 7. November bis Ende Januar 1971 provisorisch verlängert. Inzwischen hatten die Ereignisse aber einen dramatischen Verlauf genommen, indem die jede Friedensverhandlungen mit Israel ablehnenden palästinensischen Guerillas sich einschalteten. Sie begannen ihren Terror vermehrt auf den internationalen Flugverkehr auszudehnen, um sich bei den arabischen Volksmassen Popularitätserfolge zu verschaffen und so ihre von unversöhnlichem Hass gegen Israel geleiteten Bestrebungen zu fördern. Durch diese Entwicklung wurde auch unser Land, das durch den Angriff arabischer Terroristen auf ein EL-AL-Flugzeug in Kloten schon im Vorjahr betroffen worden war, in den Strudel der Ereignisse gezogen.

Zunächst erfolgte am 10. Februar im Flughafen München ein weiteres Attentat auf ein EL-AL-Flugzeug, bei dem es Tote und Verletzte gab. Der 21. Februar war ein schwarzer Tag. In einer Caravelle der Austrian Airlines explodierte eine nachweislich von Arabern in einem Paket eingeschmuggelte Bombe, ohne allerdings mehr als Sachschaden anzurichten. Wenige Stunden später stürzte eine Swissair-Coronado auf dem Flug von Zürich nach Tel Aviv bei Würenlingen ab. 47 Menschen fanden den Tod. Die Untersuchung hat ergeben, dass diese Katastrophe ebenfalls durch eine Bombenexplosion an Bord verursacht worden war. Zum grossen Schlag holte aber eine der palästinensischen Guerillaorganisationen am 6. September aus. An diesem Tag entführten Angehörige der Volksfront für die Befreiung Palästinas ein Swissair-Flugzeug mit 155 Personen an Bord und eine Maschine der TWA nach Zerqa in der jordanischen Wüste. Ein Jumbo-Jet der PANAM wurde zum Flug nach Kairo gezwungen und dort nach der Landung gesprengt. Ein weiterer Anschlag auf eine EL-AL-Maschine in London misslang und führte zur Festnahme der Attentäter. Drei Tage später brachten die arabischen Terroristen noch ein britisches Boac-Flugzeug in ihre Gewalt und führten es ebenfalls nach Zerqa. Am 12. September sprengten die Guerillas alle drei Flugzeuge in Zerqa in die Luft. Ein Teil der Passagiere wurde als Geiseln zurück behalten und sollte erst freigegeben werden, wenn alle wegen Terrorakte gegen Flugzeug inhaftierten arabischen Terroristen - darunter auch jene aus der EL-AL-Affäre in Kloten, die bereits rechtskräftig verurteilt worden waren - die Freiheit erlangt hätten. Der Bundesrat sowie die Regierungen von Grossbritannien und der Bundesrepublik Deutschland beugten sich dem Diktat der Erpresser. Selbst nachdem am 29. September die letzten der festgehaltenen Geiseln von den jordanischen Truppen in Kämpfen mit den Fedayins befreit worden waren, hielten die drei Regierungen ihr Wort und liessen die in London, München und Zürich gefangengehaltenen Attentäter nach Kairo fliegen.

Der seit langem schwelende Konflikt zwischen König Hussein und den Palästinensern, die einen Staat im Staate bilden wollten, kam durch die Vorgänge in Zerqa zum offenen Ausbruch. Es entbrannten heftige, blutige Kämpfe zwischen der jordanischen Armee und den Fedayins. Präsident Nasser vermochte noch einen Waffenstillstand zwischen Hussein und den Palästinensern zu vermitteln, dann erlag er am 28. September einer Herzkrise.

Der Höhepunkt des palästinensischen Terrors leitete zugleich den Niedergang der Guerillabewegung ein. Immer wieder flammten die Kämpfe zwischen ihren Anhängern und den Truppen Husseins auf, von Fall zu Fall durch notdürftige Abkommen beigelegt, doch unweigerlich auf eine endgültige Auseinandersetzung hindrängend. Der Tod Nassers beraubte die arabische Sache gegen Israel ihrer Führergestalt. Am 15.

Oktober wurde der bisherige ägyptische Vizepräsident El-Sadat zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Er hatte bis zum Jahresende genug damit zu tun, seine Position zwischen der Kriegspartei und den Befürwortern eines Verhandlungsfriedens zu festigen. Die gescheiterte Jarring-Mission wurde nicht wieder aufgenommen.

So brachte das Jahr 1970 im Nahostkonflikt wohl dramatische Ereignisse, vermochte aber noch keinen Ausblick auf eine Lösung der Krise zu geben, die dem israelischen Volk ein Leben in sicheren Grenzen ermöglicht und die internationalen Spannungen um diesen Krisenherd auf ein erträgliches Mass mindert. Wie in Vietnam sind aber auch hier versteifte politische Fronten in Bewegung geraten. Für das tapfere israelische Volk wird es entscheidend sein, eine ihm von den Grossmächten aufgezwungene Lösung durch eine elastische und ideenreiche Haltung verhindern zu können. Es bietet der Welt ein Schauspiel, wie sich ein kleines Volk seiner Lebensinteressen im grossen Spiel der Weltmächte erwehren muss.

Neue Entwicklungen bahnten sich auch im Westen an. Bundeskanzler Brandt hat das schon im vorigen Jahr begonnene Wagnis fortgesetzt, die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Oststaaten in irgendeiner Weise zu normalisieren. Am 12. August unterzeichnete er mit Kossygin zusammen einen westdeutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag, dessen Ratifizierung durch den Bundestag jedoch davon abhängig gemacht wurde, dass in der umstrittenen Berlinfrage eine befriedigende Verständigung zustande kommt. Verhandlungen wurden auch mit der DDR geführt. Eine Flurbereinigung erfolgte mit Polen. Am 7. Dezember wurde ein deutsch-polnischer Vertrag abgeschlossen, in dem die Bundesrepublik die oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens anerkannte. Das alles sind erste Schritte, um die zwischen dem sowjetdirigierten Osten und der Bundesrepublik bestehende Verkrampfung zu lockern.

Vielleicht bringt die von der Sowjetunion vorgeschlagene Europäische Sicherheitskonferenz hier weitere Erfolge. Russland hat ein Interesse daran, sich im Hinblick auf etwaige kommende Auseinandersetzungen mit China hin, im Westen abzusichern. Die Idee einer solchen Sicherheitskonferenz wurde von den westlichen Staaten anfänglich skeptisch aufgenommen. Ihr Zustandekommen ist auch noch keineswegs gesichert. Der Zweifel daran, ob Russland sich nicht nur einseitige Vorteile verschaffen will, ist angesichts seiner bisherigen intransigenten Haltung berechtigt. Ein grosser Schritt vorwärts vollzog sich in der europäischen Integration. Nach dem Sturze de Gaulles, der am 9. November starb, gab Frankreich seinen Widerstand gegen den Beitritt Grossbritanniens zur EWG auf. Am 21. Juli konnten die Beitrittsverhandlungen beginnen. Als weitere Kandidaten für eine Vollmitgliedschaft bewarben sich Dänemark, Norwegen und Irland. Die EWG erklärte sich des weiteren bereit, auch mit den Neutralen der EFTA, mit Österreich, Schweden und der Schweiz, die nicht Vollmitglied der EWG werden wollen, in Verhandlungen über besondere Beziehungen zu treten. Am 10. November gaben diese Staaten in Brüssel auf Ministerebene Erklärungen ab, in denen sie ihre Absichten darlegten. Damit kam ein Prozess der Ausweitung der EWG in Gang, der für den wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas neue Perspektiven eröffnet.

In vielen Teilen der Welt griffen revolutionäre Bewegungen um sich. Die Ideen von Marx, Lenin und Mao fielen auf fruchtbaren Boden, verbanden sich auch oft mit nationalistischen Motiven. Namentlich in Südamerika waren feudalistische und von ausländischem Kapital ausgehaltene gesellschaftliche Strukturen Gegenstand des Angriffs. In Chile gelangten unter Allende und in Bolivien unter General Torres progressistische sozialistische Regierungen an die Macht. Ob sie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme ihrer Länder werden lösen können, hängt auf weite Sicht davon ab, in welchem Masse es ihnen gelingen wird, den Analphabetismus der Volksmassen zu überwinden und eine demokratische Ordnung aufzubauen. Auch im Westen gewannen die revolutionären Ideologien, namentlich unter der studierenden Jugend, an Boden. Es ist eine Aufgabe der Demokratien, dieser Jugend klarzumachen, dass die Methoden des Kommunismus nicht die Befreiung der Menschen, sondern nur deren Knechtung unter den Formen einer unmenschlichen Diktatur zur Folge haben. Entscheidend aber ist es, durch eine fortschrittliche soziale Politik den Beweis dafür zu erbringen, dass die Demokratien imstande sind, die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft zu bewältigen.

Damit steht ein anderes Problem, die Überwindung des Terrorismus, im Zusammenhang. Die Terrorwelle, welche die Welt überflutet, verstärkte sich im Jahre 1970. Der Bedrohung des internationalen Luftverkehrs durch die arabischen Guerillas gesellten sich weitere Gewaltakte zu. In Guatemala, Uruguay, Bolivien, Brasilien, in Kanada und im Baskenland wurden Personen entführt und unter Todesdrohungen zu Erpressungen gegenüber den jeweiligen Machthabern benutzt. Besonders richteten sich solche Aktionen gegen Diplomaten fremder Staaten. In einigen Fällen schreckten die Entführer nicht vor der Ermordung ihrer Geiseln zurück. Am 7. Dezember wurde auch der schweizerische Botschafter in Brasilien, Enrico Bucher, von Mitgliedern der brasilianischen Untergrundbewegung entführt und erst nach Wochen wieder freigelassen. Die Meinung, nur durch solche Mittel den unterdrückten Volksschichten und Minoritäten zu ihrem Recht verhelfen zu können, muss als eine Entartung des politischen Kampfes betrachtet werden, deren krimineller Charakter die an sich vielleicht berechtigten politischen Bewegungen verfälscht.

Gewalttätige Auseinandersetzungen prägten auch den Kämpfen in Nordirland ihren Stempel auf, in denen sich Protestanten und Katholiken in heute kaum noch glaublichem Hass gegenüberstehen. Es ist jedoch eine tiefe Unzufriedenheit mit den sozialen Missständen, die hier zum Ausdruck kommt. Aber auch in gewaltsamen Demonstrationen in einer Reihe von Städten des Westens zeigte sich, dass der Bazillus der Gewalttätigkeit sich in politisch unerfahrenen jungen Köpfen eingenistet hat. Ein trauriges Kapitel zum Jahre 1970, das zeigt, wie wenig das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschlichkeit gegenüber den machtpolitischen Berechnungen gelten, lieferte die Tragödie Biafras. Am 15. Januar fand der biafranische Aufstand mit der Kapitulation der biafranischen Truppen sein bitteres Ende. Der Staatschef Biafras, Ojukwu, floh ins Ausland. Die von England und der Sowjetunion unterstützte Regierung Nigerias blieb damit Sieger und konnte das kulturell besonders begabte Volk der Ibos weiter unter sein Joch beugen. Die UNO sah keinen Anlass zum Einschreiten.

In verschiedenen europäischen Ländern führte die politische Entwicklung zu bemerkenswerten Ereignissen. In England unterlag die Labourpartei überraschenderweise bei den Parlamentswahlen vom 18. Mai. Die Konservativen übernahmen mit Eduard Heath als Premierminister die Regierung. Am 15. Dezember stimmte das Unterhaus gegen den heftigen Widerstand der Labourfraktion einem Gesetz über die Gewerkschaftsreform zu. Die britischen Gewerkschaften hatten die Chance verpasst, durch eine innere Reform rechtzeitig diesem Gesetz, das sich vor allem gegen die wilden Streiks richtet, zuvorzukommen. In Österreich scheiterten die Koalitionsverhandlungen zwischen der Volkspartei und den Sozialdemokraten. Bundeskanzler Kreisky bildete daraufhin ein sozialdemokratisches Minderheitskabinett, das als Übergangslösung zu betrachten ist, bis die Wahlchancen für eine Parlamentsmehrheit günstiger stehen. Italien zeichnete sich während des ganzen Jahres durch eine besondere soziale Unrast aus. Die Streiks schufen eine dauernde Konfliktsituation. Drei verschiedene Regierungen folgten einander.

Auch im Sowjetblock gährte es. In der Sowjetunion selbst blieb die Opposition zwar auf die Untergrundbewegung intellektueller und literarischer Kreise beschränkt. Die Achtung des mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Schriftstellers Solzhenizyn liess erkennen, wie gross der Grad der geistigen Unfreiheit in Russland ist. In der Tschechoslowakei wurde mit dem Ausschluss Dubceks und Cerniks aus der Kommunistischen Partei der letzte Strich unter den Prager Frühling gezogen. Dagegen kam es Mitte Dezember in Warschau und in einigen Industriezentren Polens zu Arbeiteraufständen. Den äusseren Anlass gaben behördlich verfügte massive Preiserhöhungen für Lebensmittel. Die tiefere Ursache lag jedoch in der Unzufriedenheit mit der auf zunehmende Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterschaft gehende Politik der kommunistischen Apparatschiks. Gomulka musste zurücktreten und wurde als Parteichef durch Edward Gierek, einen der Arbeiterschaft näherstehenden Parteifunktionär, ersetzt. Mit einer nachfolgenden Säuberung des Kabinetts von den Anhängern Gomulkas, mit der Rückgängigmachung der Preiserhöhungen und mit wirtschaftlichen Reformversprechungen konnte die Krise überwunden werden.

In Spanien und in Griechenland vermochten sich die Diktaturen zu halten, wenn auch der Widerstand der freiheitlich gesinnten Bevölkerung keineswegs nachgelassen hat. Gegen Jahresende erregte das Todesurteil über sechs Basken, die das Regime Francos bekämpft hatten, grosses Aufsehen. Franco sah sich durch den Druck der Weltöffentlichkeit und um Unruhen im eigenen Land zu verhindern, genötigt, die Verurteilten zu begnadigen.

Die spannungsreiche politische Lage hinderten die Sowjetunion und die USA nicht, ihre Programme zur Erforschung und Eroberung des Wehraumes fortzuführen. Am 17. November brachte die sowjetische Weltraumstation Luna 17 das erste von der Erde aus gesteuerte Mondfahrzeug, den Lunochod 1, auf den Mond, das seither mit Unterbrechungen wissenschaftliche Daten vermittelte. Mitte April startete das amerikanische Raumschiff Apollo 13 mit drei Astronauten an Bord zur Fahrt auf den Mond. Eine Explosion an Bord, die auf ein technisches Versagen zurückzuführen war, zwang die Astronauten zur Rückkehr, die unter äusserst schwierigen Bedingungen am 17. April glücklich gelang. Die technische Vollendung und präzise Zusammenarbeit bei dieser Rettungsaktion wurde überall aufs höchste bewundert. Wenn die Welt nur alle ihre Schwierigkeiten in dieser beispielhaften Weise überwinden könnte!

Das Jahr 1970 wurde in Europa zum „Jahr der Natur“ erklärt. Dadurch erhielten die Bestrebungen des Umweltschutzes vielfache Impulse. Auch in den Vereinigten Staaten kam ein grosses Umweltschutzprogramm in Gang. Wenn die Menschheit nicht an ihrer eigenen Übertechnisierung zugrunde gehen soll, müssen diese Probleme, besonders was den Gewässerschutz und die Reinhaltung der Luft betrifft, in Zusammenarbeit mindestens aller Industriestaaten gelöst werden. Hier stellt sich eine Aufgabe, die über alle politischen Differenzen hinweg zum gemeinsamen, verantwortungsbewussten Handeln aufruft.

SMUV Schweiz, Geschäftsbericht 1970.

SMUV Schweiz > Aussenpolitik. SMUV. Geschäftsbericht 1970